

Olten : Gewerkschaftsbund neu aufbauen

Autor(en): **Briner, Silvia**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1991)**

Heft 14: **Gewerkschaft 2001**

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584143>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Olten: Gewerkschaftsbund neu aufbauen

Silvia Briner

Ein lokaler oder kantonaler Gewerkschaftsbund hätte in erster Linie eine politische Aufgabe. Er «wahrt und fördert die Interessen der organisierten Arbeitnehmer» durch «die Wahrnehmung der gemeinsamen Angelegenheiten in Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik». So steht es auf jeden Fall in den Statuten des Gewerkschaftsbundes Olten (nebenbei bemerkt, es soll auch noch Arbeitnehmerinnen geben, aktive Frauenförderung beginnt bei uns mit der Revision der 1985 verabschiedeten Statuten!). Als ich vor zwei Jahren zur Präsidentin gewählt wurde, weil niemand anderer für dieses Amt zu finden war, habe ich mir zum Ziel gesetzt, dem oben zitierten Zweckartikel wieder Leben einzuhauen.

Was heisst das konkret? Im Vorstand hat zuerst ein Generationenwechsel stattgefunden, es arbeiten heute fünf junge Mitglieder aus den Verbänden mit. Mit einem regelmässigen Rundschreiben an die Präsidenten und die (einzige) Präsidentin und einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung hat der Vorstand versucht, die Verbände stärker einzubeziehen. Ein «Bildungskreis» junger Gewerkschaftsmitglieder hat zudem verschiedene Bildungsveranstaltungen angeboten. Der Erfolg war aber sehr bescheiden. Einzige Ausnahme sind Veranstaltungen, die sich speziell an Frauen richten. Gesprächsführungskurse, eine Schreibwerkstatt für Frauen und ein Diskussionsabend «Frauen in der Gewerkschaft» sind sehr erfolgreich.

Wenn lokale und kantonale Gewerkschaftszusammenschlüsse – vor allem in der Provinz – nicht zu folkloristischem Kulturgut vergangener Zeiten verkommen sollen, müssen sie eine neue, eigenständige und aktive Rolle spielen. Zuerst gilt es, das Image loszuwerden, nur ein Anhängsel der SP für Unterschriftensammlungen und Wahlaufträge zu sein. In diesem Zusammenhang ist das Vorgehen bei der AHV-Initiative (Initiativkomitee SP/SGB unter Ausschluss anderer Kräfte) unverständlich. Es reicht aber auch nicht aus, neben der SP die Grünen an die Delegiertenversammlung einzuladen. Der Gewerkschaftsbund muss selber Themen aufgreifen und sie an interessierte Organisationen und in die Öffentlichkeit tragen. Frauenförderung ist ein erster Versuch dafür, weitere Beispiele wären:

– Der GBH hat eine Kampagne zur Abschaffung des Saisonier-Statuts lanciert. Um diese Forderung politisch durchzusetzen, muss – auch in den Reihen der Gewerkschaften – noch einiges an Diskussionen laufen. Eine enge Zusammenarbeit mit Immigrant*innenorganisationen drängt sich dabei auf.

– Die PTT-Union führt schwierige Auseinandersetzungen um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder. Auf politischer Ebene ist dabei die latente «Beamtenfeindlichkeit» und das freisinnig inspirierte Staatsausgaben-Bremser-Rowdytum eine schwere Hypothek. Solidarität aus anderen Branchen, Aufklärung über die Arbeitsbedingungen und die Lohnverhältnisse bei der PTT könnten der PTT-Union den Rücken stärken.

– Der VPOD organisiert dank der Spitalbewegung immer mehr Angestellte aus dem Pflegebereich. Dieser Berufszweig kämpft neben den konkreten Forderungen vor allem für ein verändertes Berufsbild. Diese Veränderungen müssen auch im öffentlichen Bewusstsein stattfinden.

